

Erhard Crome

Faktencheck: Trump und die Deutschen

Das Neue Berlin

Über das Buch

Über Trump wird gelacht oder der Kopf geschüttelt. Es werden Witze gerissen und Hasskommentare geschrieben. Kaum jemand nimmt ihn ernst. Ein fundamentaler Fehler, wie Crome befindet. Die herrschende Klasse in den USA, eine im Niedergang befindliche Weltmacht, hat einen Mann ins Weiße Haus geschickt, der bei aller Sprunghaftigkeit für Kontinuität bei der Durchsetzung ihrer imperialistischen Ziele sorgt. Crome analysiert amerikanische und globale Entwicklungsprozesse, bestimmt darin den Platz der USA und Deutschlands, und vor allem: deren Verhältnis zueinander. Und welche Rolle der 45. Präsident der USA in diesem Gefüge spielt.

Über den Autor

Erhard Crome, Jahrgang 1951, Studium am Institut für Internationale Beziehungen in Potsdam-Babelsberg, 1980 Promotion, 1987 Habilitation. Von 1990 bis 2000 Tätigkeit an der Universität Potsdam, danach Gastprofessur an der Europa-Universität Viadrina Frankfurt/Oder. Von 2002 bis 2016 Mitarbeiter der Rosa-Luxemburg-Stiftung im Institut für Gesellschaftsanalyse, Arbeitsschwerpunkt Frieden und internationale Politik.

Sämtliche Inhalte dieser Leseprobe sind urheberrechtlich geschützt. Sie dürfen ohne vorherige schriftliche Genehmigung weder ganz noch auszugsweise kopiert, verändert, vervielfältigt oder veröffentlicht werden.

ISBN Buch: 978-3-360-01329-3

ISBN E-Book: 978-3-360-50147-9

© 2017 Verlag Das Neue Berlin, Berlin

Umschlaggestaltung: Buchgut, Berlin

Die Bücher des Verlags Das Neue Berlin
erscheinen in der Eulenspiegel Verlagsgruppe.

www.eulenspiegel.com

Inhalt

| | |
|---------------------------------------|-----|
| Zweiter Koreakrieg? | 7 |
| Donald Trump, der Präsident | 21 |
| Frühe Weichenstellungen | 32 |
| Über den Zenit | 36 |
| Imperiale Überdehnung | 39 |
| Herausforderung Strategiewechsel | 47 |
| Forsche Ankündigungen | 52 |
| Die Sanders-Illusion | 59 |
| In sumpfigem Gelände | 63 |
| Zwei Machtblöcke | 69 |
| Die Legende von den offenen Grenzen | 73 |
| Deutsche Fehlperzeptionen | 78 |
| Endlich Weltmacht? | 81 |
| Deutsche Vernehmungen | 85 |
| Tillerson im Kreml | 89 |
| Ungeheuerliches | 94 |
| Deutliche Differenzen | 99 |
| Anschwellende Sturzgebete | 101 |
| Der geopolitische Hintergrund | 107 |
| Das Problem der Zyklen | 111 |
| Deutsch-amerikanische Beziehungen | 114 |
| Das Nationsproblem | 119 |
| Die »deutsche Frage« | 123 |
| Neue deutsche Hegemonie in Europa | 126 |
| In einem transitorischen Zwischenraum | 133 |
| Die deutsche Hegemonie ist fragil | 136 |
| Imperialismus | 145 |
| Ein vorläufiges Fazit | 150 |

Wie man heute weiß, folgte US-Präsident Richard Nixon manchmal einer außenpolitischen Doktrin, die er selbst die »Theorie vom wahnsinnigen Staatsmann« nannte. Um Amerikas Feinde zum Einlenken zu bewegen, versuchte er bewusst, irrational und unberechenbar zu erscheinen. »Die Sowjets«, sagte er einem Berater 1969, »müssen fürchten, dass wir kurz davor stehen, die Geduld zu verlieren und außer Kontrolle zu geraten.«

Hinter dem vermeintlichen Wahnsinn verbarg sich eine kühle strategische Überlegung, die besonders Nixons Berater Henry Kissinger gerne anstellte: Alle Macht ist nichts, wenn dein Gegenüber nicht daran glaubt, dass du sie auch einsetzen wirst. Wenn ein Imperium nicht unter Beweis stellt, dass es doch bereit ist, Risiken einzugehen, wird es zum Papiertiger.

Vielleicht verkörpert Donald Trump jenen »wahnsinnigen Staatsmann«, als der Nixon nur erscheinen wollte?

*Paul Simon,
in: »Wahnsinn mit Methode«,
konkret 5/2017*

Wir haben es mit einer Kontinuität von Unberechenbarkeit zu tun. Bei Barack Obama war sie überdeckt von seiner Redegewandtheit und seinem offensichtlichen Intellekt. Bei Donald Trump tritt sie nur offener zutage. Doch wird sie auf längere Zeit Folgen für die internationale Politik haben.

Erhard Crome

Zweiter Koreakrieg?

Mike Pence, dank Donald Trump Vizepräsident der USA, hat am 17. April 2017 in Korea über den Zaun geschaut. Von Süden nach Norden. Dort ist noch immer Feindesland. Für die Medien-Bilder hatte er, der »Ungediente«, sich extra eine Militärjacke, eine schnittige von den Luftstreitkräften, angezogen. Und gesagt, es sei ein besonderer Anlass für ihn: Sein Vater hatte im Koreakrieg (1950–53) gekämpft.

Bei einem Treffen mit dem amtierenden Präsidenten Südkoreas, Hwang Kyo-ahn, warnte Pence, Nordkorea solle die Entschlossenheit von US-Präsident Trump nicht unterschätzen. Die »Politik der strategischen Geduld« mit dem kommunistischen Regime im Norden sei vorbei. Die USA und ihre Verbündeten würden jeden Angriff unter Einsatz »konventioneller oder atomarer Waffen mit einer überwältigenden und effektiven Antwort« zurückschlagen.

Drohten die USA nun mit einem Atomkrieg gegen Nordkorea, wie viele Beobachter anzunehmen geneigt waren?

US-Außenminister Rex Tillerson hatte am 16. April betont, es sei nicht Absicht der Regierung, einen Regimewechsel in Nordkorea herbeizuführen, sondern es gehe um die Beseitigung der dortigen Atomwaffen.

William Perry dagegen, unter dem demokratischen Präsidenten William Jefferson »Bill« Clinton (1993–2001) Verteidigungsminister der USA¹, der selbst mit Vertretern Nordkoreas über Atomfragen verhandelt hatte, meinte, das Atomprogramm Nordkoreas sei mittlerweile zu weit vorangeschritten, um es einfach wegzuverhandeln. Deshalb müsse es zunächst um ein Moratorium, ein Einfrieren des Programms, gehen. Die

USA müssten »mit Nordkorea umgehen, wie es ist, nicht, wie wir es uns wünschen«.

Allerdings hatte der ebenfalls demokratische Präsident Barack Obama (2009–2017) die Weichen bereits in die entgegengesetzte Richtung gestellt: erst Atom-Abrüstung Nordkoreas, dann Verhandlungen. Als seien Verhandlungen eine Gnade der USA, ein Wert an sich, und nicht der beste Weg, um ein politisches Ziel, hier: die atomare Abrüstung, zu erreichen.

Derweil gab es widersprüchliche Hinweise. Auf der einen Seite meldeten Medien, die USA würden die Evakuierung der Familienangehörigen ihrer Diplomaten und Militärangehörigen aus Seoul vorbereiten, dasselbe sei von Seiten Japans geplant. Seoul, die Hauptstadt und das Wirtschaftszentrum Südkoreas mit 10 Millionen Einwohnern, mit Agglomerationsraum etwa 25 Millionen, liegt nur 56 Kilometer von der Demarkationslinie entfernt, von wo Pence aus in den Norden geblickt hatte, und könnte im Kriegsfall auch mittels konventioneller Waffen verwüstet werden; dazu bedürfte es keiner Atomwaffen. Trumps Drohgebärden – so der Raketenangriff der USA auf einen Luftwaffenstützpunkt in Syrien, der erstmalige Abwurf der explosionsstärksten nicht-nuklearen Bombe der USA auf unterirdische Ziele in Afghanistan sowie die Entsendung eines Flottenverbandes mit dem Flugzeugträger »Carl Vinson« nach Korea – erhielten auf diese Weise zusätzliche Unterfütterung.

Andererseits ließ sich die Äußerung Tillersons nicht in dem Sinne interpretieren, als hätte die Trump-Regierung die Grundposition, sich von Regime-Change-Kriegen zu verabschieden, aufgegeben. Und Pence hatte trotz allen Drohens vom Zurückschlagen eines Angriffs des Nordens geredet. Allerdings wird bei solchen Überlegungen in den USA ein »Präventivschlag« zur »Enthauptung« des Gegners in aller Regel ebenfalls als Gegenmaßnahme, nicht als Angriff, angesehen.

Zugleich hatte Pence den alten, auch von Obama immer wieder gern benutzten Satz gesagt: Es »liegen alle Optionen auf dem Tisch«. Das kann den Militärschlag meinen, schließt

aber die Diplomatie nicht aus. Verteidigungsminister James Mattis hatte bei seinem Besuch in Südkorea und Japan einige Wochen zuvor gesagt, Diplomatie sei die erste Verteidigungslinie.

Was die Trump-Administration bisher erreicht hat, ist eine allgemeine Verunsicherung über ihren künftigen Kurs.

Kim Jong-il, der Vater des jetzigen Staats- und Parteichefs von Nordkorea Kim Jong-un, starb am 17. Dezember 2011. Von Krankheiten, Schlaganfall und anderem war zuvor schon seit längerem die Rede. Nun überschlugen sich die westlichen Medien in pejorativen Zuschreibungen: Diktator, Wahnsinniger, Tyrann, Clan – unter dem wird es nicht gemacht. Hatten sie damit in der Sache etwas mitzuteilen? Hatten sie etwas verstanden?

Die ob ihrer für heutige Ohren politisch unkorrekten Sprache gern geschmähten Völkerkundler der Vergangenheit wussten in aller Regel eines: Man muss die anderen Völker *aus sich heraus*, aus ihrer Geschichte, ihren Wertvorstellungen, ihren Selbstzuschreibungen verstehen. Das ist in dem verallgemeinerten Geschwafel der Medien-, Politik- und Wissenschaftsleute, die aus dem Sinnen und Trachten des Westens und des globalisierten Neoliberalismus nicht herauszudenken vermögen, weithin abhanden gekommen. Jede andere Perspektive wird verschrien, die Kritik an diesem bürgerlichen Medienbetrieb unter »Linksextremismus«-Verdacht gestellt oder, je nach Gusto, als »Rechtspopulismus« geschmäht.

Eine Annäherung an die koreanische Problematik bedarf der Hinzuziehung ihrer historischen Hintergründe.

Korea musste sich in den Jahrhunderten seiner Existenz verschiedentlich der Eroberungsversuche der Kaiser von China und derer von Japan erwehren, geriet Ende des 19. Jahrhunderts unter den Druck der europäischen imperialistischen Mächte und der USA und wurde 1910 japanische Kolonie. Als solche war es wichtiges Hinterland für die imperialistische Expansion Japans in China und im pazifischen Raum.

Für die Schlussphase des Zweiten Weltkrieges hatten die USA und die Sowjetunion vereinbart, dass die Sowjetarmee im Sommer 1945 in den Krieg gegen Japan eintritt und die noch immer über eine halbe Million Mann starke Kwantung-Armee der Japaner zerschlägt. Diese war in der Mandschurei, im Nordosten Chinas, und in Korea stationiert. In Verbindung damit war auch verabredet, dass die Sowjetunion den Norden Koreas besetzt und die USA den Süden. Die Demarkationslinie sollte am 38. Breitengrad liegen. Die Kapitulation Japans am 15. August 1945 war denn auch der Tag der Unabhängigkeit Koreas. Die nachfolgende Geschichte vollzog sich im Kontext des beginnenden Kalten Krieges. Die Entwicklung im Norden stand unter Führung der Kommunistischen Partei, dann Partei der Arbeit Koreas (PdAK), deren führender Repräsentant Kim Il-sung wurde. Analog den Veränderungen in Osteuropa bzw. im Osten Deutschlands wurden eine Bodenreform durchgeführt, die Industrie, Banken und Verkehrsbetriebe verstaatlicht sowie eine Bildungsreform ermöglicht. Aus Wahlen ging im Norden eine Regierung der PdAK mit Kim Il-sung als Ministerpräsident hervor, die am 8. September 1948 die Koreanische Demokratische Volksrepublik (KDVR) ausrief.

Die USA hatten im Süden Separatwahlen veranstaltet, an denen die linken Parteien nicht teilgenommen hatten und aus denen Rhee Syng-man als Präsident hervorgegangen war; dieser Regierung übergab die USA-Militärverwaltung bereits am 13. August 1948 die Regierungsgeschäfte im Süden. (Die Analogien zur Spaltung Deutschlands sind gewiss nicht zufällig.)

Die UNO hatte 1947 jedoch beschlossen, den Besatzungsstatus in Korea zu beenden und Wahlen durchzuführen, aus denen *eine* koreanische Regierung hervorgehen sollte. Die ausländischen Truppen sollten abziehen. Folgerichtig forderte Kim Il-sung für seine Regierung, dass die Truppen der USA *und* der Sowjetunion aus Korea verschwänden. Die UdSSR zog ihre Truppen bis Ende 1948 ab, während die US-Truppen bis heute in Südkorea verblieben.

Der Westen betrachtete Kim Il-sung als kommunistischen Diktator – der Osten Rhee Syng-man als antikommunistischen Autokraten und Marionette der USA. Beide Regierungen beanspruchten, die einzig rechtmäßige zu sein und das ganze Land zu regieren. Die Folge war der Koreakrieg. Nach wechselseitigen Grenzverletzungen beider Seiten überschritten nordkoreanische Truppen am 25. Juni 1950 die Demarkationslinie, eroberten bald Seoul und rückten bis an die Südspitze der koreanischen Halbinsel vor. Die USA wollten eine Wiedervereinigung Koreas unter kommunistischer Vorherrschaft nicht dulden und erwirkten eine UNO-Resolution zum militärischen Eingreifen gegen Nordkorea. Die Resolution passierte den UN-Sicherheitsrat, weil die UdSSR dessen Sitzungen zu jener Zeit boykottierte. So landeten Kampftruppen der USA und weiterer Länder unter der UNO-Flagge in Korea, eroberten Seoul zurück, schnitten die Versorgungswege der Truppen der KDVR ab und rückten ihrerseits bis an die chinesische Grenze im Norden vor.

Da die Volksrepublik China eine Wiedervereinigung Koreas unter US-amerikanischer Vorherrschaft nicht hinnehmen wollte, entsandte Mao Zedong eine Armee chinesischer »Volksfreiwilliger« in Stärke von fast einer halben Million Mann, die die US-Offensive zurückschlug. Am Ende stabilisierte sich die Front wieder in der Nähe des 38. Breitengrades.

Der Krieg endete 1953 mit einem Waffenstillstand, der den 38. Breitengrad als Grenze zwischen Nord- und Südkorea festhielt.

Politisch gesehen war das die Wiederherstellung des Status quo ante, keine Seite konnte siegen. Aber um den Preis riesiger Opfer. Der Krieg forderte über drei Millionen Menschenleben unter der Zivilbevölkerung; mindestens 500 000 koreanische, 400 000 chinesische und 36 000 US-Soldaten wurden bei den Kampfhandlungen getötet. Durch Bombenangriffe und Napalm-Einsätze der US-Luftwaffe wurden 18 der 22 größeren Städte Nordkoreas weitgehend zerstört, die Infrastruktur im

Norden war vernichtet. Jeder zehnte Nordkoreaner kam in jenem Krieg ums Leben.

Die politische Herrschaft im Norden war seit den 1950er Jahren zunehmend durch einen immer ausgeprägteren Personenkult um Kim Il-sung geprägt. Nach dem Wiederaufbau, der von den damaligen sozialistischen Ländern massiv unterstützt wurde, war Nordkorea bis Ende der 1960er Jahre dem Süden wirtschaftlich überlegen.

In Südkorea erzwang die Bevölkerung schrittweise eine Demokratisierung des Landes und die Abschaffung der Militärdiktatur. Die US-Regierung forcierte Industrie und wirtschaftliche Entwicklung, schon um – wieder in Analogie zu Europa – eine Überlegenheit westlicher Wirtschaft und Gesellschaft zu präsentieren. Firmen der USA und Japans investierten in Südkorea, in dem schließlich eine eigenständige kapitalistische Entwicklung Platz griff, die Teil des allgemeinen wirtschaftlichen Aufschwungs in Asien wurde. Südkorea ist jetzt eine der zehn stärksten Wirtschaftsmächte der Welt – mit einem Exportvolumen im Jahre 2015 von 527 Milliarden US-Dollar auf Platz 6 in der Welt, vor Frankreich, Großbritannien, Italien, Kanada, die zu den sogenannten »G7-Staaten« gerechnet werden. China liegt, zum Vergleich, auf Platz 1 mit einem Exportvolumen von 2275 Milliarden US-Dollar, die USA 1505 Milliarden und Deutschland 1329 Milliarden US-Dollar.

Nordkorea ist dagegen heute ein vergleichsweise armes Land. Nach dem Bruch zwischen der Sowjetunion und China Anfang der 1960er Jahre lavierte Kim Il-sung die KVDR zwischen beiden Staaten. Er verkündete mit der »Dschudsche-Ideologie« einen Kurs des Sich-Stützens auf die eigenen Kräfte, der schließlich in die Isolation führte. Wenn man Nordkorea heute nicht nur mit Südkorea, sondern auch mit China oder Vietnam vergleicht, muss die Schlussfolgerung lauten, dass ein Verzicht auf Einbindung des Landes in die globalisierte Weltwirtschaft offensichtlich zum Zurückbleiben führt.

Derweil verselbständigte sich in der KDVR die Macht. Kim Il-sung, der 1994 starb, vermochte es, seinen Sohn Kim Jong-il zu seinem Nachfolger zu machen, der bis 2011 regierte und dem wiederum sein Sohn Kim Jong-un folgte. Mit einem Verständnis des europäischen Marxismus von linker Politik hat eine solche dynastische Erbfolge als »kommunistische Herrschaft« nichts zu tun. Gleichwohl ist dies offensichtlich eine Form der Reaktion auf die Situation des Landes.

Der Krieg wurde mit dem Waffenstillstand von Panmunjon, einer Grenzstadt an der Demarkationslinie, vom 27. Juli 1953 beendet. Das Abkommen unterschrieben General Nam Ir für die nordkoreanische und chinesische Seite und USA-Generalleutnant William K. Harrison; Abschriften des Abkommens unterzeichneten die Oberkommandierenden der KVDR, der chinesischen Truppen und der US-amerikanische Oberbefehlshaber getrennt voneinander – eine südkoreanische Unterschrift kam da nicht vor. Das Waffenstillstandsabkommen ist unbefristet; die vertraglich vorgesehene »friedliche Lösung der Koreafrage« ist bis dato nicht erfolgt.

Einen Friedensvertrag gibt es bis heute nicht – das heißt: Der Krieg ist ausgesetzt, nicht beendet.

Im Süden stehen nicht nur die Truppen Südkoreas (etwa 685 000 Mann), sondern es befinden sich dort auch Stützpunkte und Kampftruppen der USA in Stärke von etwa 30 000 Mann. China und Russland unterstützen Nordkorea zwar, dies jedoch mehr oder weniger halbherzig und von Eigeninteressen geleitet. Aus nordkoreanischer Sicht wären sie im Kriegsfalle wohl kaum verlässliche Verbündete.

Darum hat Nordkorea als inzwischen wirtschaftlich relativ schwaches Land eine der größten Armeen der Welt (geschätzt 1,2 Millionen Mann, etwa 4,5 Prozent der Gesamtbevölkerung) und unter großen Anstrengungen eigene Raketenwaffen und Atomsprengköpfe entwickelt. Das hat nichts mit »Wahnsinn« oder »Aggressivität« zu tun, sondern ist unter der Wahrnehmungsperspektive der Führung des Landes die

Rückversicherung gegen einen neuerlichen Krieg. Die Auswertung der Kriege des Westens gegen Saddam Hussein (Irak) und Muammar al-Gaddafi (Libyen) hat ihr gezeigt, dass der Westen ungestraft nur Länder angreift, die nicht über Atomwaffen verfügen.

Es wird also eine dauerhafte Lösung für und mit Nordkorea nur dann geben, wenn das Land verlässliche Friedensgarantien erhält – nicht nur von Seiten Südkoreas sowie Chinas, Russlands und Japans, sondern vor allem von Seiten der USA. Der Schlüssel für die Entschärfung der Koreafrage – und damit auch der Denuklearisierung und Raketenabrüstung auf der koreanischen Halbinsel – liegt nicht in Pjöngjang, sondern in der Politik des Westens. Und das gilt unabhängig davon, wer die KVDR regiert.

Mit dem Wachwechsel von Kim zu Kim in Pjöngjang sowie den Atom- und Raketenversuchen war Nordkorea auch hierzulande wieder in den Medien, nicht aber die koreanische Frage. Gibt es überhaupt noch eine »koreanische Frage«? Unter postmodernen Perspektiven mag das eine abseitige Frage sein. In Europa kommen neue Grenzen – etwa nach dem Ende der Sowjetunion und Jugoslawiens, oder künftig nach einem möglichen Austritt Schottlands aus dem Vereinigten Königreich oder Kataloniens aus Spanien – und verschwinden andere oder relativieren sich, auch mit und durch die Europäische Union. Geschichte scheint darin zu bestehen, dass neue Geschichte geschrieben wird.

Anderenorts ist das anders. Als ich vor einigen Jahren nach Seoul kam, wurde ich immer wieder gefragt, was ich als Deutscher zur Vereinigung Koreas meine. Und es waren Linke, die dort in strikter Opposition zur bisherigen Regierung stehen, die so fragten. Zuerst wollte ich mich herausreden, dass ich als Gast vom anderen Ende des eurasischen Großkontinents keine Ratschläge zu erteilen hätte – die selbstgewissen Regierer des deutschen Landes, ihre Ideologen, Schriftgelehrten und Schreiber tun dies gewiss gern, ich aber, der Linke

aus dem Osten, der früher mal DDR war, wollte mich da eher zurückhalten. Das war nicht lange durchzuhalten. Ich müsse doch eine Meinung haben, zumal nach der deutschen »Wiedervereinigung«. Die Spitzfindigkeit, es sei eine »Vereinigung« gewesen, weil so, wie die beiden Deutschlands 1990 waren, das eine nie gewesen war, verfinde nicht; Deutschland ist über tausend Jahre alt, wurde geantwortet, wie auch Korea, da ist eine Spaltung widernatürlich und immer nur temporärer Natur.

Es gibt also eine koreanische Frage, und die besteht nicht darin, dass der Norden die Atombombe hat, sondern darin, dass das Land gespalten ist. Dennoch weigerte ich mich, die Spaltungen in eins zu setzen. Deutschland war einer der Hauptschuldigen des Zweiten Weltkrieges, imperialistische Macht, die Europa erobern und beherrschen wollte, nach einem Platz an der Sonne der Weltherrschaft schielte, eine Unzahl von Verbrechen im Kriege begangen hatte, mit der Kriegsführung, in der Besatzungspolitik in Polen, Jugoslawien und anderenorts, mit der Ermordung sowjetischer Kriegsgefangener und Zivilbevölkerung, mit dem Versuch der systematischen Vernichtung der europäischen Juden. Die Spaltung Deutschlands war Resultat zuerst des gescheiterten Versuchs faschistischer Weltherrschaft, erst danach auch der Logik des Kalten Krieges. Korea dagegen war japanische Kolonie, Hinterland des japanischen Strebens, in Asien und im pazifischen Raum Imperium zu werden.

Die historischen Hintergründe waren unterschiedlich, die Gründe der Spaltung im Kalten Krieg aber letztlich vergleichbar: Es ging um die Aufteilung von Machtpositionen zwischen den USA und der Sowjetunion. So war es in Deutschland, in Korea und schließlich auch in Vietnam.

Zwei dieser Teilungen sind inzwischen historisch erledigt. In Vietnam kollabierte 1975 ein korrupter, abhängiger Kapitalismus im Süden, und die USA erlitten eine historische Niederlage im Krieg gegen die Kräfte der nationalen Befreiung in

Vietnam, die im Norden seit 1945 ihren Staat hatten; der siegreiche Norden vereinigte das Land 1976 zu seinen Bedingungen. In Deutschland brach 1989/90 die DDR zusammen, im Kontext des Fiaskos des osteuropäischen Staatssozialismus, und Deutschland wurde 1990 zu den Bedingungen vereinigt, die der dominierende Westen diktierte.

Und Korea? Korea ist übriggeblieben. Die Uhren des Kalten Krieges wurden mit dem Waffenstillstand von 1953 angehalten, der alte Zustand eingefroren. Die UNO kann kein Vermittler sein, weil sie durch die Eigenheiten des Ausbruchs des Korea-Krieges 1950 für die Kriegsführung des Westens den Rahmen und die Flagge stellte. Für die KVDR ist die UNO, der auch sie seit 1991 angehört, kein neutraler Akteur, sondern historisch Teil der Seite des Feindes. Insofern gilt auch jeder UNO-Beschluss, der Nordkorea zur nuklearen Abrüstung veranlassen will, als Fortsetzung der Feindseligkeiten mit anderen Mitteln.

Mit den seit 2003 geführten Sechsergesprächen – die wiederum nur die nordkoreanischen Atomwaffen und Raketen, nicht aber die »koreanische Frage« zum Gegenstand hatten – zwischen den beiden Koreas sowie den USA, China, Russland und Japan sollte ein neuer Raum für diplomatische Wege zur Entspannung auf der koreanischen Halbinsel und im Fernen Osten geschaffen werden. Der Westen hat diese Gespräche aber eingefroren, meint, Nordkorea erpressen zu können. Das aber besteht seit 1948 darauf, sich nicht erpressen zu lassen.

Der deutsche Fall lässt sich dort nicht wiederholen, da ist schon die Atombombe vor.

Der Norden blieb wirtschaftlich sichtbar zurück, stellte aber dennoch die Mittel für den Bau der Nuklearwaffen und Raketen bereit – das hatte schon Stalin in der Sowjetunion 1945/46 so gemacht, und um den Preis großer Einschränkungen in der wirtschaftlichen Leistung der Zivilindustrie und der Versorgung der Bevölkerung war der Triumph des nuklearen Gleichgewichts das Resultat. Insofern werden auch in Nord-

korea die wirtschaftlichen Probleme die Fortsetzung der strategischen Rüstungen nicht verhindern. Der Süden wurde zur selben Zeit einer der kapitalistischen »Tiger«-Staaten, die den wirtschaftlichen Aufschwung Asiens voranbrachten, bevor China in Bewegung kam. Kontakt, regelmäßigen Austausch zwischen den beiden Koreas gibt es so gut wie nicht. Beiderseits der Demarkationslinie starren sich schwerbewaffnete Militäreinheiten an.

Dennoch diskutieren die Linken in Seoul über Perspektiven einer Wiedervereinigung. Da es durch Dominanz einer Seite nicht geht – wie in Vietnam und in Deutschland –, gehe es nur durch friedliche Koexistenz. Der 1997 gewählte südkoreanische Präsident Kim Dae-jung hatte die Aussöhnung mit dem Norden zur zentralen Aufgabe seiner Politik erklärt, im Jahre 2000 traf er sich in Pjöngjang mit Nordkoreas Staatschef Kim Jong-il. Der Nachfolger Roh Moo-hyun setzte diese Politik fort, stattete dem Norden 2007 ebenfalls einen Staatsbesuch ab und vereinbarte mit Kim Jong-il, einen Friedensvertrag abzuschließen, der an die Stelle des Waffenstillstands von 1953 treten sollte.

Die Aussöhnungspolitik geriet jedoch unter den Druck der Politik des republikanischen US-Präsidenten George W. Bush (2001–2009), der Nordkorea auf seine Liste von zu bekämpfenden »Schurkenstaaten« gesetzt hatte. Der konservative Nachfolger Lee Myung-bak hatte schon während des Wahlkampfes erklärt, die Beziehungen zum Norden herunterzukühlen und eine härtere Gangart einzulegen. Nordkorea hat dies als neuerliche Drohung angesehen und das Atomwaffenprogramm beschleunigt.

Über die Wiedervereinigung reden in Korea im Grunde alle politischen Kräfte, der Norden ohnehin, im Süden die verschiedenen Richtungen. Die Konservativen setzen auf einen Zusammenbruch des politischen Systems im Norden als Voraussetzung der Vereinigung, die Gemäßigten und Linken im Süden – von denen sich jedoch kaum jemand vorstellen

kann, im real existierenden Nordkorea zu leben – auf Konzepte der friedlichen Koexistenz und Zusammenarbeit, für die der Systemwechsel im Norden nicht Vorbedingung sein soll.

Sie betrachten die Politik der Konservativen und die Abhängigkeit von den USA als das eigentliche Hindernis für die fortdauernde Teilung Koreas und fordern den Abzug der US-Truppen aus Korea. Sie wollen nicht Teil und Objekt der geopolitischen Vorgehensweisen der USA sein, die im Kern gegen China gerichtet sind. Insofern lehnen sie es auch ab, China als imperiale Macht zu betrachten, die mit den USA auf eine Stufe zu stellen ist. China sei auch als Großmacht nie auf die Ausbeutung anderer Länder aus gewesen, seine Politik sei auf Harmonie und Stabilität in der Welt gerichtet. Daher könne ein starkes China nur im Interesse Koreas liegen.

Und die Atomwaffen im Norden, sind die keine Bedrohung?

Wenn ein Vereinigungsprozess in Korea in Gang gesetzt sei, spielten die keine Rolle, heißt es. Und das kommende vereinigte Korea könne die ja dann übernehmen; andere Länder hätten ja auch Atomwaffen ...

Die »koreanische Frage« ist offensichtlich weiter offen. Und wenn das Land über tausend Jahre alt ist, nach Berechnungen etlicher Historiker über zweitausend Jahre, dann hat man gegebenenfalls auch noch ein paar Jahre Zeit, bis die USA schwach genug und gegangen sind.

Die konservative Präsidentin Park Geun-hye, Tochter des Generals Park Chun-hee, der Südkorea von 1961 bis zu seinem Sturz 1979 diktatorisch regiert hatte, wurde nach Massenprotesten in Seoul wegen eines Korruptionsskandals am 9. Dezember 2016 vom Parlament suspendiert und vom Verfassungsgericht anschließend für abgesetzt erklärt. Sie hatte eine vorsichtige Annäherungspolitik gegenüber China betrieben und 2015 an der Militärparade in Peking zum 70. Jahrestag des Sieges im Zweiten Weltkrieg teilgenommen. In Richtung Nordkorea hatte sie zunächst positive Signale gesandt, ange-

sichts der dortigen Atom- und Raketentests dann aber eine restriktive Politik verfolgt und die von Süd und Nord gemeinschaftlich betriebene Industrieregion Kaesong schließen lassen. Es wurde das US-amerikanische Raketenabwehrsystem THAAD stationiert, das wiederum nicht nur Nordkorea als Bedrohung betrachtet. Auch China sieht darin eine von den USA herbeigeführte Veränderung der strategischen Lage in Ostasien. Deshalb hat nun China Boykottmaßnahmen gegen Südkorea veranlasst, darunter ein Verbot von touristischen Gruppenreisen. Noch 2016 waren an die acht Millionen Chinesen als Touristen in Südkorea.

Die Neuwahl des Präsidenten wurde auf den 9. Mai 2017 angesetzt. Deshalb meinte der Zürcher *Tages-Anzeiger* (10. April 2017): »Wenn die USA gegen Pyongyang zuschlagen, dann jetzt.«

Der neue Präsident, Moon Jae-in, früherer Menschenrechtsanwalt und Demokrat, war im Wahlkampf für einen Friedensschluss mit Nordkorea eingetreten und wollte dem Wettrüsten in der Region entgegenwirken, die Beziehungen zu China verbessern und lehnte die Stationierung des THAAD-Systems ab. Das sollte eigentlich erst zum Jahresende 2017 installiert werden. Die USA hatten jedoch das Machtvakuum nach der Absetzung von Park Geun-hye und vor der Neuwahl genutzt, um das System vorzeitig zu errichten. Der für die Wiedervereinigung zuständige südkoreanische Minister, Hong Yong-pyo, hatte sich am 10. April 2017 ausdrücklich gegen einen Militärschlag der USA gegen Nordkorea ausgesprochen.

Und Donald Trump?

Der hatte zwischenzeitlich nicht nur gesagt, er werde sich Kim Jong-un »vorknöpfen«, wenn China das nicht tue, er hatte auch schon gemurmelt, er könne mit dem ja auch »einen Burger« essen gehen. Im Grunde warten die Nordkoreaner seit 1953, dass die USA mit ihnen direkt reden. Das Waffenstillstandsabkommen sah die Einstellung sämtlicher Kampfhandlungen nach dem verheerenden Koreakrieg vor. Wenn die

USA heute auch nur ein Ziel in Nordkorea angreifen, ist der Waffenstillstand beendet und der Krieg fortgesetzt – mit all den Folgen, die die in über sechzig Jahren weiterentwickelten Waffensysteme möglich machten. Und die würden nicht auf die koreanische Halbinsel beschränkt bleiben.

Korea ist ein, vielleicht *der* entscheidende Testfall, ob die Außenpolitik der USA mit Trump, wie angekündigt, das traditionelle Fahrwasser des weltweiten militärischen Interventionismus verlässt. Oder ob, wie beim Amtsantritt von Obama, wieder nur die Rhetorik verändert wurde. Das lässt sich womöglich noch geraume Zeit nicht mit Sicherheit sagen. Oftmals versuchen Mächte, Kriege oder Konflikte zunächst noch einmal zu eskalieren, um der Gegenseite in den unausweichlichen Verhandlungen größere Zugeständnisse abzapressen. Den Vietnamkrieg hatten die USA Anfang der 1970er Jahre sogar noch verschärft und auf weitere Länder – Laos und Kambodscha – ausgedehnt, obwohl sie wussten, dass eine Verhandlungslösung nicht zu umgehen war.

Donald Trump, der Präsident

Donald J. Trump ist als 45. Präsident der USA vereidigt und hat seine Antrittsrede am 20. Januar 2017 unter dem Motto »America First« gehalten. In seiner ersten Rede vor dem amerikanischen Parlament, vor beiden Häusern des Kongresses, am 28. Februar 2017 hat er im Ton moderater, in der Sache jedoch nicht minder deutlich dieses Ziel bekräftigt.² Kann er diese neue Grundlinie der internationalen Politik der USA durchsetzen, werden sich die Unterschiede und Differenzen im Verhältnis zur EU und damit auch zu Deutschland verstärken. Die Beziehungen zwischen Deutschland und den USA werden konfliktbelasteter.

Trump gilt nach seinen Wahlkampf-Tiraden als Fremdenfeind, Frauenfeind, Rassist u. ä. Mit seinen innenpolitischen Positionen verbindet sich ein reaktionäres Programm, dessen Umsetzung vieles infrage stellen würde, das während der vergangenen Jahrzehnte in der inneren Entwicklung der USA erreicht wurde. Die Bewegungen für Frauenrechte, Bürgerrechte, Rechte der Minderheiten usw. in den USA wissen, wofür und wogegen sie aus Anlass von Trumps Amtseinführung und danach demonstriert haben und weiter demonstrieren.

Etwas anderes ist es mit Anti-Trump-Demonstrationen außerhalb der USA. Dazu wurde auch in Europa unter der Losung »Nein zum globalen Trumpismus!« aufgerufen.

Ein Komitee (»No to war – No to Nato«) aus Italien wandte demgegenüber ein, dass »eine Demo am 21. Januar gegen den neugewählten US-Präsidenten de facto einer Unterstützung derjenigen Politik Obamas entspräche, die Europa in die Frontlinie der nuklearen Konfrontation zwischen NATO und

Russland umgewandelt hat«. Trump werde beschuldigt, den Sieg gegen Clinton unrechtmäßig und mit Hilfe Russlands errungen zu haben. »Die Neocons, Urheber dieser Kampagne, versuchen auf diese Art und Weise einen wahrscheinlichen neuen Kurswechsel der Beziehungen USA-Russland zu unterbinden.« Verwiesen wurde dann auf die Entsendung einer US-Panzerbrigade nach Osteuropa, deren Zweck darin bestehe, »die militärische Eskalation gegenüber Russland weiter voranzutreiben«. Die Schlussfolgerung des italienischen Komitees lautete daher: »Unter solchen Umständen stellen die für den 21. Januar geplanten Anti-Trump-Demos eine Unterstützung dieser Kriegsstrategie dar.«

Die Anti-Trump-Kampagne rückt Barack Obama in ein mildes Licht. Tatsächlich war er am Ende seiner Amtszeit nochmals sehr aktiv: ein letzter Besuch als Präsident der USA in Berlin, um gemeinsam mit Angela Merkel und anderen Staats- und Regierungschefs die anti-russischen »Sanktionen« zu verlängern; Deutschland forderte er auf, international eine größere Rolle zu spielen. Das meinte, sich Trump *entgegenzustellen*. In Washington veranlasste Obama Geheimdienstberichte, »russische Hacker« hätten das Wahlergebnis zuungunsten von Hillary Clinton beeinflusst, und verwies russische Diplomaten des Landes. Zugleich schickte er eine US-Panzerbrigade quer durch Deutschland nach Polen und verschärfte so die Beziehungen zu Russland weiter. Zum selben Zwecke reiste Vizepräsident Joe Biden noch einmal nach Kiew, um die ukrainische Regierung der Unterstützung der hinter ihm stehenden Kreise zu versichern.

Deutsche Medien verschreien Trump unisono, seine politischen Positionen, seine Person. Das reicht vom *Spiegel* und der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* bis hin zu *TAZ* und *Neues Deutschland*. So viel Übereinstimmung war nie und sollte stutzig machen.

Die *Berliner Zeitung* (23. Januar 2017) etwa berichtete über die Demonstrationen gegen Trump am 21. Januar in den

USA unter der Überschrift »Das andere Amerika«. Im Text hieß es: »Letztlich geht es dabei um die Frage, wer die amerikanischen Werte vertritt – Donald Trump und seine Anhänger mit ihrem absoluten Bekenntnis zu ›America First‹ oder die Bewegung derjenigen, die die USA als weltoffenes, multikulturelles und liberales Land mit internationaler Verantwortung verstehen.«

Letzteres ist im Jargon der derzeitigen deutschen Bundesregierung das Setzen auf Druckpolitik, Militär und Kriegseinsätze, wie sie die USA unter Obama praktiziert haben. Anders gesagt: Der deutschen Leserschaft wird suggeriert, die 1,5 Millionen Menschen, die in den USA gegen Trumps Präsidentschaft demonstrierten, hätten dies auch *für* Panzer an der russischen Grenze und Regime-Change-Kriege der USA getan.

Mit der Einladung an Obama, am 25. Mai 2017 mit Merkel vor der Kulisse des Brandenburger Tores in Berlin zur Eröffnung des »Reformationssommers« zum Thema »Zuhause und in der Welt Verantwortung übernehmen« zu debattieren, wird diese Perspektive noch einmal bekräftigt. »Verantwortung« heißt bei diesen Leuten immer Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten, wenn es sein muss auch mittels Militärintervention, nicht friedliche Koexistenz und Abrüstung. Barack Obama soll in Luther-Pose einen Reformator simulieren, der er als Politiker und Staatslenker nie war.

Demgegenüber ist eine friedenspolitische Analyse gefordert, die sich von imperialismus-theoretischen Positionen leiten lässt. Bei der Untersuchung der kommenden Außenpolitik der USA unter Trump ist zudem davon abzusehen, welche Positionen er in der Gesundheits-, Minderheiten- oder Bildungspolitik einnimmt. Auch wenn manche Journalisten inzwischen über »Trump-Versteher« höhnen, wie es etliche der Zunft seit Jahren mit »Putin-Verstehern« gemacht haben, und ignorant, dumme Eiferer den Analytiker als »Trump-Sympathisanten« zu denunzieren bemüht sind, ist es dringend vonnöten zu erfassen, *was* in den USA derzeit vorgeht.